

Arbeitsmarkt:	
Immigration – Ängste unbegründet	2
Lohnpolitik:	
Luft nach oben bei den Arbeitskosten	3
Mindestlohn: Noch einiges zu klären	4
Bildung: Doktoren selten aus Arbeiterfamilien	5
Alterssicherung:	
Rentenpläne: Zu kurz gesprungen	7
TrendTableau	8

FISKALPAKT

Finanzpolitik: Flexibilität ist gefragt

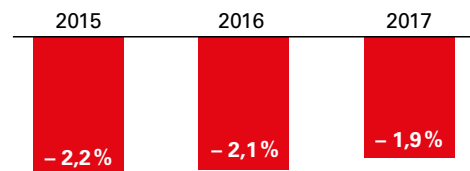
Mit dem Fiskalpakt hat sich die Politik selbst die Hände gebunden. IWF-Chefin Christine Lagarde regt nun an, die unrealistische Verschuldungsgrenze anzuheben. Das wäre ein Fortschritt, löst aber das grundsätzliche Problem nicht.

Nichts spricht dagegen, sich Ziele zu setzen. Und die öffentliche Verschuldung im Rahmen zu halten, ist ein erstrebenswertes Ziel. Andererseits gilt: Wer sich der wechselhaften Wirklichkeit nicht stellt, sondern nur an seine Grundsätze klammert, wird über kurz oder lang scheitern. So sei es auch mit dem europäischen Fiskalpakt, analysiert Gustav Horn: Seine starren Grundsätze richteten mehr Schaden an, als sie nützen – was sich vor allem an den sozialen Folgen der drastischen Sparprogramme in Südeuropa und der Wachstumsschwäche im Euroraum ablesen lässt. Daher begrüßt der wissenschaftliche Direktor des IMK zwar, dass die IWF-Chefin die „realitätsferne“ Verschuldungsobergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nun infrage gestellt hat. Allerdings sei nichts damit gewonnen, die Zahl 60 durch eine andere zu ersetzen. Sinnvoller wäre es, die Grenze ganz abzuschaffen, so der Wissenschaftler. Denn erstens existiere keine schlüssige ökonomische Begründung für den bisherigen oder irgendeinen anderen Wert. Zweitens zeige die aktuelle wirtschaftliche Lage in Europa, wie problematisch das Konzept „starrer wirtschaftspolitischer Regelbindungen“ sei. Jeder neu festgesetzte Wert könne sich über kurz oder lang wieder als unhaltbar erweisen. Dann müsste die Politik ihn erneut korrigieren und würde auf Dauer ihre Glaubwürdigkeit verspielen. Gefordert sei stattdessen eine „fiskalische Flexibilität, die Verschuldung wie auch Entschuldung an den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert“.

Es gehe nicht darum, der Politik einen Freibrief zum Schuldenmachen auszustellen, sagt Horn. Aber die starre finanzpolitische Regelbindung habe sich schon vor der Krise als Bremse für Wachstum und Beschäftigung erwiesen. Heute stehe sie einer wirtschaftlichen Erholung erst recht im Wege, zumal die Schuldenregeln des früheren Maastricht-Vertrags mit seiner Umwidmung zum Fiskalpakt Anfang 2013 noch einmal verschärft wurden. Wer das Prinzip der Deckelung heute verteidige, müsse sich außerdem im Klaren sein, welche ökonomische Ideologie dahinter stehe: der unbedingte Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes und einen wirtschaftspolitisch schwachen Staat. Wie der Wiener Öko-

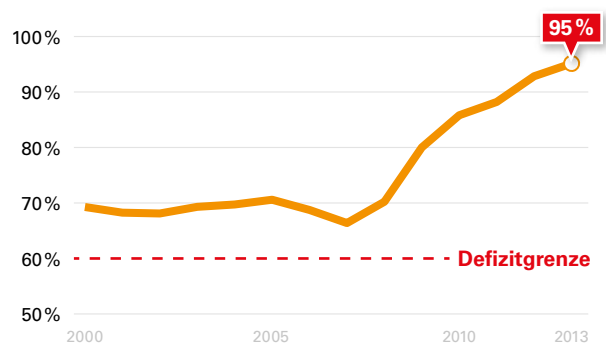
Pakt gegen Wachstum

So entwickelt sich die Wirtschaftsleistung im Euroraum, wenn sich alle Staaten an den Fiskalpakt halten:*



Finanzkrise treibt Schulden

Gemessen an der Wirtschaftsleistung betrug die öffentliche Verschuldung im Euroraum:**



* Berechnungen des IWH-Forschers Hubert Gabrisch von 2013 unter der Annahme, dass keine außergewöhnlichen Entwicklungen bei Exporten, Investitionen und privatem Sparverhalten auftreten. | ** ohne Lettland, jeweils zum Jahresanfang
Quellen: Gabrisch 2013; Macrobond 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

nom Stephan Schulmeister* erläutert, sollte der Staat nach den Vorstellungen marktradikaler Regelbindungs-Anhänger nicht nur die Finanzmärkte deregulieren und auf Vollbeschäftigungspolitik verzichten. Mit verbindlichen Ausgaben- und Schuldengrenzen haben sie ihn außerdem dazu gebracht, sich selbst die Hände binden, um die Marktergebnisse nicht zu beeinträchtigen. Und die sozialen Konsequenzen seien verheerend, so Horn. ◀

* Quelle: Stephan Schulmeister: Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise, WIFO Working Paper 480/2014, November 2014
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Immigration: Ängste unbegründet

Dass Migranten den Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen, ist eine verbreitete Behauptung.

Doch sie ist falsch: Gerade geringer Qualifizierte haben von Einwanderung profitiert.

Das Thema Zuwanderung eignet sich hervorragend für politische Stimmungsmache: Rechtspopulisten schüren gern Ängste vor ungebildeten Migranten, die angeblich die Sozialkassen plündern und die Arbeitsmärkte der reichen Länder belasten. Frédéric Docquier von der Katholischen Universität Löwen, Caglar Ozden von der Weltbank und Giovanni Peri von der University of California in Davis haben untersucht, wie sich Immigration in den Industriestaaten tatsächlich ausgewirkt hat.* Das Ergebnis: Beschäftigung und Lohnniveau der Einheimischen sind insgesamt nahezu unverändert

Damit habe die Immigration zu einem wachsenden Anteil Hochqualifizierter beigetragen. Besonders für Beschäftigte ohne Hochschulabschluss ist das eine gute Nachricht: Gängigen Annahmen zufolge beflügeln hochqualifizierte Arbeitskräfte Produktivität und Innovationen, wovon auch geringer Qualifizierte profitieren.

Entsprechend ist der Lohneffekt für die Nichtakademiker fast durchgehend positiv: Je nach Szenario liegt der Zuwachs gegenüber einer Situation ohne Immigration im Schnitt zwischen 0,2 und 0,8 Prozent, wenn man alle Industrieländer betrachtet. In einigen Ländern mit hohen Einwanderungsraten wie Kanada oder Australien sind die Löhne der weniger qualifizierten Beschäftigten dank der Immigranten um bis zu 6 Prozent gestiegen. Hochqualifizierte Einheimische mussten marginale Verluste hinnehmen, der mittlere Gesamteffekt liegt in allen Szenarien knapp über Null. Ähnlich sieht es der Analyse zufolge bei den Auswirkungen auf die Beschäftigung aus.

Werden die Folgen von Auswanderung simuliert, ergeben sich spiegelbildliche Effekte: Der Verlust von Akademikern führte in den Heimatländern bei den weniger Qualifizierten

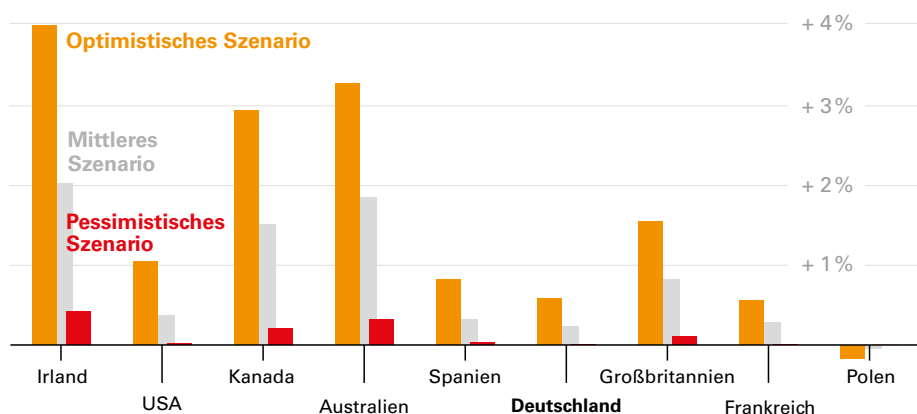
und insgesamt zu sinkenden Löhnen. Die verbliebenen Hochschulabsolventen profitierten laut den Berechnungen der Ökonomen dagegen: In Ländern mit einem hohen „Brain Drain“ wie Zypern hätten sich ihre Arbeitseinkommen infolge der Emigration um bis zu 20 Prozent erhöht, was zu mehr Ungleichheit in diesen Staaten beigetragen habe.

Die Wissenschaftler räumen ein, dass ihre Kalkulationen zu Zweifeln Anlass geben könnten. Zum einen, so ein möglicher Einwand, gebe es illegale Einwanderung, die in den Zensusdaten nicht auftaucht. Zum anderen könnte fraglich erscheinen,

ob Migranten tatsächlich Jobs finden, die ihrer Qualifikation entsprechen. Darüber hinaus könnten Kritiker monieren, dass der Untersuchungszeitraum sich auf die 1990er-Jahre beschränkt, obwohl es in den Jahren ab 2000 große Wanderungsbewegungen gegeben habe. Docquier, Ozden und Peri haben versucht, solchen Einwänden vorzubeugen: Sie haben in ihre Modellrechnungen Daten einer EU-Studie einfließen lassen, die sich mit irregulärer Zuwanderung in zwölf europäischen Ländern befasst. Zudem haben sie Informationen über die tatsächliche berufliche Tätigkeit von Migranten berücksichtigt und erneute Simulationen für diejenigen Länder durchgeführt, für die Daten aus dem Jahr 2007 vorliegen. Qualitativ habe sich dadurch an den Ergebnissen nichts geändert, schreiben die Forscher. ◀

Einwanderung bereichert

So wirkte sich Immigration je nach Modellannahmen auf das Lohnniveau aus in* ...



*1990 - 2000 | Quelle: Docquier u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

geblieben. Für Arbeitnehmer ohne Hochschulabschluss sind positive Effekte nachweisbar, die den Lohnabstand zu den Akademikern verringert haben.

Die Ökonomen haben für ihre Studie Zensusdaten aus den Jahren 1990 und 2000 ausgewertet. Mithilfe dieser Daten konnten sie rekonstruieren, wie hoch in den OECD-Staaten die Netto-Zuwanderung während der 1990er-Jahre war und über welches Bildungsniveau die Migranten verfügten. Anschließend haben die Forscher eine Simulation mit mehreren Szenarien durchgeführt: Sie haben berechnet, wie sich Immigration und Emigration auf Löhne und Beschäftigung in den Industrieländern ausgewirkt haben. Sie sind dabei von variierenden Grundannahmen ausgegangen, die den Stand der wissenschaftlichen Literatur widerspiegeln.

Als ein wichtiges Ergebnis halten die Autoren fest, dass Migranten in der Regel keineswegs ungebildet sind: In sämtlichen OECD-Ländern außer Österreich waren unter den Einwanderern mehr Akademiker als unter den Einheimischen.

* Quelle: Frédéric Docquier, Caglar Ozden, Giovanni Peri: The Labour Market Effects of Immigration and Emigration in OECD Countries, in: Economic Journal 5/2014
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Luft nach oben bei den Arbeitskosten

Stärker steigende Löhne in Deutschland würden dabei helfen, die Krise im Euroraum zu überwinden und Deflationsrisiken vorzubeugen.

Mit einer Zunahme um 1,4 Prozent haben sich die Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft 2013 ähnlich schwach entwickelt wie im EU-Durchschnitt. Im ersten Halbjahr 2014 lag die Zuwachsrate sogar unter dem EU-Mittel. Dabei wäre eine dynamischere Entwicklung ökonomisch wünschenswert, so das IMK. Was Arbeit in Europa kostet, haben die Forscher mithilfe aktueller Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat berechnet.* Demnach schlug eine Arbeitsstunde hierzulande im vergangenen Jahr mit 31,30 Euro zu Buche. Damit gehöre Deutschland zum „unteren Bereich der Gruppe der Hochlohnländer“. An der Spitze rangieren Dänemark, Belgien und Schweden mit jeweils rund 41 Euro. Der Durchschnittswert der Euroländer liegt bei 29 Euro.

Im **privaten Dienstleistungssektor** der deutschen Wirtschaft beliefen sich die Arbeitskosten pro Stunde auf 28,70 Euro, nur unwesentlich mehr als der Euroraum-Durchschnitt von 28 Euro. Am meisten kosten private Dienstleistungen mit 42 Euro in Dänemark, gefolgt von Belgien mit 41,20 Euro und Schweden mit 40,60 Euro. Die Arbeitskosten **im Verarbeitenden Gewerbe** betragen 2013 in Deutschland 36,20 Euro je Stunde, was dem vierten Platz im Länderranking entspricht. Spitzenreiter ist Belgien mit 42,70 Euro, danach kommen mit 42,20 und 40,90 Euro Schweden und Dänemark. Der Unterschied zwischen den Arbeitskosten im Dienstleistungsbereich und in der Produktion ist mit 7,50 Euro in Deutschland höher als in allen anderen europäischen Volkswirtschaften.

Die Situation im **öffentlichen Sektor** lasse die dramatischen Auswirkungen der Austeritätspolitik in der EU erkennen, schreiben die IMK-Wissenschaftler. In den meisten Ländern hätten sich die Arbeitskosten bei den öffentlichen Dienstleistungen zwischen 2008 und 2013 wesentlich schwächer entwickelt als in der privaten Wirtschaft. In Griechenland betrug der Rückgang im Schnitt 7,7 Prozent pro Jahr, in Portugal 2,5 Prozent und in Irland 0,5 Prozent. In Deutschland war die Entwicklung mit einer jährlichen Zuwachsrate von 2,6 Prozent etwas dynamischer als im privaten Sektor. Zuvor war Deutschlands öffentlicher Sektor allerdings Schlusslicht beim Arbeitskostenzuwachs.

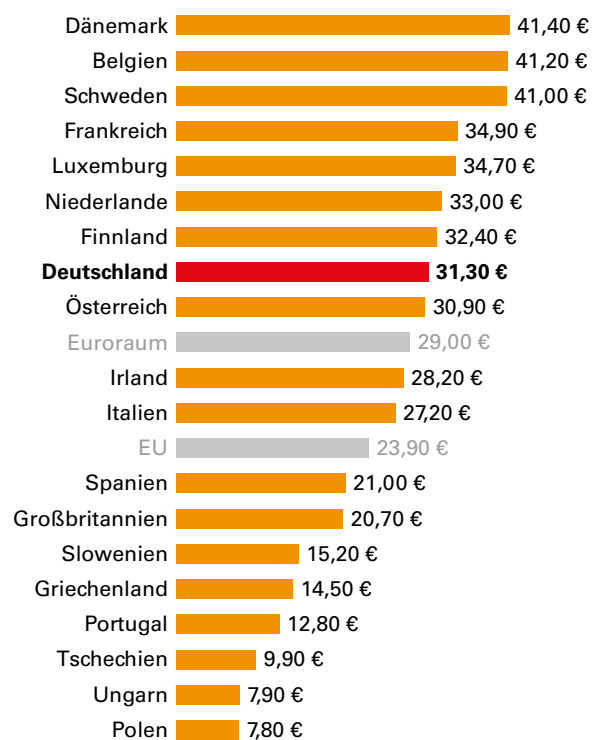
Eine gravierende Schieflage besteht dem IMK zufolge bei den **Lohnstückkosten**, die hierzulande seit dem Jahr 2000 weniger gestiegen seien als in fast allen anderen Euroländern. Dadurch habe sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft deutlich verbessert, was mit zu den erheblichen Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum beigetragen habe. Spanien, Portugal, Irland und Griechenland sei es zwar unter enormen Belastungen für die Bevölkerung mittlerweile gelungen, die Lohnstückkosten zu senken. Doch die Einkommensverluste in diesen Ländern waren so gewaltig, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte drastisch sanken.

Statt Anpassungsleistungen nur von den Defizitländern zu verlangen, sollten auch die Überschussländer – allen voran Deutschland – einen Beitrag leisten, empfehlen die Ökonomen. Zwar lag 2013 der Zuwachs bei den deutschen Lohn-

stückkosten mit 2,3 Prozent über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,2 Prozent. Der Wettbewerbsvorteil gegenüber den Krisenländern sei allerdings immer noch sehr hoch und das Binnenwachstum zu schwach. Damit sich das ändert, müsse Deutschland bei den Löhnen kräftig nachlegen. Nötig wären nach Einschätzung des IMK gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen von deutlich mehr als 3 Prozent. „Ein solcher Anstieg stünde auch im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB für den Euroraum insgesamt und würde es den Krisenländern ermöglichen, ihren Anpassungspfad so zu modifizieren, dass er nicht in Deflation und Depression endet“, schreiben die Wissenschaftler.

Günstiger als viele Nachbarn

So viel kostete 2013 eine Arbeitsstunde in ...



Quelle: IMK 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn betrachten die IMK-Forscher als einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung. Dass das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie darüber hinaus die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert, sei begrüßenswert. Jetzt gelte es, dieses Instrument in der Praxis verstärkt zu nutzen. ◀

* Quelle: Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein, Rudolf Zwiener: Deutschlands Lohn- und Arbeitskostenentwicklung wieder zu schwach, IMK Report 100, November 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Noch einiges zu klären

Damit der Mindestlohn ein Erfolg wird, ist noch einiges zu tun. Das zeigen die Erfahrungen mit branchenspezifischen Regelungen und im europäischen Ausland.

Der Bundestag hat den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn im Juli 2014 beschlossen, ab Januar 2015 steht die Umsetzung an. Was es dabei zu beachten gilt, hat das WSI im Auftrag der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung in NRW untersucht. Hintergrund ist die Landesinitiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“. Für ihre Studie haben die WSI-Forscher Thorsten Schulten und Nils Böhlke, der Londoner Sozialwissenschaftler Pete Burgess, Catherine Vincent vom Pariser Institut de Recherches Economiques et Sociales und Ines Wagner von der Universität Groningen die Mindestlohn-Praxis in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden analysiert. Außerdem haben sie sich mit der Durchsetzung von Lohnuntergrenzen in einzelnen deutschen Branchen befasst. Ihrer Analyse zufolge bedarf die Einführung des Mindestlohns einer aktiven Gestaltung. Nötig seien klarere Regeln, wirksame Kontrollen, eine breite Informationskampagne und ein Dialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften.

Transparente Vorschriften: Um überprüfen zu können, ob die künftige Lohnuntergrenze eingehalten wird, wären klare Vorgaben dafür nötig, wie die tatsächliche Lohnhöhe zu berechnen ist. Das Problem: In der vom Bundestag beschlossenen Regelung fehlt nach Analyse der Forscher eine solche präzise Definition. Wenn es darum geht, welche Einkommensbestandteile in die Kalkulation einfließen dürfen, verweist die Bundesregierung auf die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs. Demnach dürfen Arbeitgeber nur das berücksichtigen, was sie für die vertraglich vereinbarte „Normalleistung“ zahlen. Das heißt: Tätigkeiten, die über das Normalmaß hinausgehen, sind extra zu vergüten. Das betrifft beispielsweise Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit, Gefahrenzulagen oder Trinkgelder. Dagegen herrsche Uneinigkeit darüber, wie mit Weihnachts- und Urlaubsgeld oder Verpflegung und Unterkunft umzugehen ist, monieren die Autoren. Für Unternehmen und Beschäftigte sei damit teilweise nicht nachvollziehbar, wer durch den Mindestlohn Anspruch auf eine Lohnerhöhung hat. Hier wäre nach der WSI-Analyse eine Klarstellung durch den Gesetzgeber angebracht.

Korrekte Erfassung der Arbeitszeit: Da der Mindestlohn sich auf die Bezahlung pro Stunde bezieht, ist nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Länge der Arbeitszeit maßgeblich. Auch hier sehen die Wissenschaftler weiteren Regelungsbedarf. Die Erfahrungen des europäischen Auslands und auf Branchenebene zeigten, dass die unkorrekte Erfassung der Arbeitszeit eine gängige Praxis zur Umgehung von Mindestlöhnen ist. Zum einen müssten Beschäftigte oft unbezahlte Mehrarbeit leisten – das passiert auch und gerade in Deutschland: Umfragen zufolge macht ein Fünftel der deutschen Beschäftigten regelmäßig Überstunden, die nicht vergütet werden. Zum anderen lüden Vergütungssysteme mit Stücklöhnen sowie Akkordarbeit zum Missbrauch ein, die gerade im Niedriglohnbereich weit verbreitet sei. Arbeitgeber könnten versucht sein, bei der Berechnung von Stundenlöh-

Klare Regeln nötig

Bei der Berechnung des Mindestlohns ...

... darf berücksichtigt werden:

Grundgehalt
Einmalzahlungen
Zulagen

... darf **nicht** berücksichtigt werden:

Zuschläge für besondere Arbeitszeiten
Zuschläge für besondere Arbeitsanforderungen
Akkord- und Qualitätsprämien
Vermögenswirksame Leistungen
Aufwandsentschädigungen
Trinkgelder

... ist die **Rechtslage unklar:**

Überstundenzuschläge
13. Monatsgehalt, Jahresendbonus, Weihnachtsgeld
Urlaubsgeld
Verpflegung, Unterkunft
Sachleistungen

Quelle: Schulten u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

nen von unrealistisch hohen Arbeitsanforderungen auszugehen. Darüber hinaus lasse das Mindestlohngesetz offen, wie mit „besonderen Arbeitszeiten“ wie Bereitschaftsdienst oder Anfahrts- und Wartezeiten zu verfahren ist.

Effektive Kontrollen: Um Verstößen gegen das neue Gesetz vorzubeugen, ist der Studie zufolge eine angemessene Kontrolldichte unerlässlich. Erfahrungen zeigten zwar, dass sich die große Mehrheit der Unternehmen gesetzeskonform verhält. Insbesondere in arbeitsintensiven Branchen wie dem Einzelhandel oder dem Gastgewerbe sei allerdings durchaus mit Umgehungsversuchen zu rechnen. In Frankreich und den Niederlanden gibt es jeweils eine umfassende Arbeitsinspektion, die das verhindern soll. Deutschland dagegen verfüge über eine fragmentierte Struktur unterschiedlicher Kontrollbehörden, schreiben die Forscher. Am wichtigsten sei die beim Zoll angesiedelte Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Dazu kommen landeseigene Kontrollstellen im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe und die Rentenversicherung, die regelmäßig Betriebsprüfungen durchführt. Gewerbeaufsichtsämter, Arbeitsagenturen und Sozialkassen seien zwar nicht explizit zuständig, aber durchaus in der Lage, Verstöße aufzudecken. Wichtig wäre, dass diese verschiedenen Institutionen effizient zusammenarbeiten. Problematisch sei, dass die geplante Aufstockung der FKS um 1.600 Stellen erst in fünf Jahren abgeschlossen werden soll, da gerade in der Einführungsphase des Mindestlohns von besonders vielen Verstößen ausgegangen werden muss. Die Bußgelder von bis zu 500.000 Euro und die Möglichkeit, gesetzeswidriges Verhalten mit dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen zu bestrafen, dürften dagegen Wirkung zeigen: „Der damit ge-

schaffene Sanktionsrahmen ist – sofern er in der Praxis auch tatsächlich ausgeschöpft wird – durchaus geeignet, eine präventive Regelung gegen Mindestlohnverstöße zu schaffen.“

Aufklärung und Durchsetzung von Ansprüchen: Neben wirksamen Sanktionen bedarf es laut der WSI-Studie gangbarer Verfahren, mit denen Arbeitnehmer ihre Mindestlohnansprüche geltend machen können. Eine wichtige Voraussetzung: Die Beschäftigten müssen sich über ihre Rechte im Klaren sein. Daher, so die Empfehlung, sollten Arbeitgeber verpflichtet werden, ihre Belegschaften über deren Ansprüche zu informieren. Außerdem müsse die Gehaltsabrechnung so gestaltet sein, dass die Einhaltung des Mindestlohns nachvollziehbar ist. Ähnlich wie in Großbritannien wäre zudem ein Mindestlohn-Rechner im Internet hilfreich. Dass das Arbeitsministerium mittlerweile ein Bürgertelefon eingerichtet hat und eine Informationsstelle für den Mindestlohn bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin geplant ist, begrüßen die Forscher. Denn es habe sich gezeigt, dass niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Dazu werde auch eine Hotline beitragen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund ab Anfang Januar anbieten will. Abgesehen von möglichst umfassender Aufklärung wären mehr kollektive Klagemöglichkeiten wünschenswert, betonen die Autoren: Aus Angst vor Sanktionen oder Jobverlust hätten viele Beschäftigte erfahrungsgemäß Hemmungen, Verstöße vor Gericht zu bringen. Helfen könnte ein Verbandsklagerecht wie in Frankreich, wo Gewerkschaften stellvertretend für Arbeitnehmer klagen können.

Gesellschaftliche Akzeptanz: Eine zentrale Herausforderung bestehe darin, den Mindestlohn zu einer allgemein akzeptierten Institution zu machen, schreiben die Wissenschaftler. Wenn das gelinge, so die Erfahrung anderer Länder, werde sich die Lohnuntergrenze weitgehend von alleine durchsetzen. Das Problem: Zwar befürworte die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung die neue Regelung, große Teile der Wirtschaft seien aber nach wie vor skeptisch. Die Autoren empfehlen Großbritannien als Vorbild: Dort habe eine umfassende Informationskampagne die Mindestlohneinführung begleitet. Zudem organisiere die Low Pay

Missbrauch nicht ausgeschlossen

Für eine relevante Möglichkeit, den Branchen-Mindestlohn zu umgehen, halten von den Dachdeckerbetrieben* die ...

Einrechnung von Erschwerniszulagen in den Stundenlohn

34,2%

Einrechnung von Mehrarbeitszulagen in den Stundenlohn

33,5%

Einrechnung von Weihnachts-/Urlaubsgeld in den Stundenlohn

30,4%

Angabe falscher Arbeitszeiten

24,8%

Hoffnung, bei der Zahlung zu niedriger Löhne nicht erwischt zu werden

19,3%

* in Westdeutschland; Befragung von insgesamt 249 Betrieben im Dachdeckerhandwerk
Quelle: ZEW 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Commission einen breiten gesellschaftlichen Dialog und gebe regelmäßig wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag. Auch in Deutschland gelte es, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte miteinander ins Gespräch zu bringen, um gemeinsam Probleme zu identifizieren und kreative Lösungen zu entwickeln. Vorbild könnten die bereits bestehenden Branchenbündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sein, in denen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Zoll zusammenarbeiten. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten, Nils Böhlke, Pete Burgess, Catherine Vincent, Ines Wagner: Umsetzung und Kontrolle von Mindestlöhnen: Europäische Erfahrungen und was Deutschland von ihnen lernen kann, Studie im Auftrag der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung in NRW, September 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

BILDUNG

Doktoren selten aus Arbeiterfamilien

Die Chancen auf einen Dokortitel sind ziemlich ungleich verteilt:

Ob Absolventen promovieren, hängt zu einem beträchtlichen Teil von ihrer sozialen Herkunft ab.

Dass es im Bildungswesen eine soziale Unwucht gibt, ist bekannt: Die Sprösslinge von Akademikern hätten Schätzungen zufolge eine fast doppelt so große Chance wie Arbeiterkinder, die gymnasiale Oberstufe zu erreichen, schreibt Steffen Jaksztat. Nach dem Abitur entschieden sie sich zu 88 Prozent für ein Studium, die Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien nur zu 53 Prozent. Der Sozialwissenschaftler vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) hat untersucht, inwieweit der Status des Elternhauses auch nach dem Studium noch eine Rolle spielt – nämlich bei der Entscheidung für eine Promotion.* Seine Analyse zeigt, dass es hier in der Tat soziale Unterschiede gibt, die durch Leistung allein nicht erklärbar sind.

Die Relevanz seiner Untersuchung macht Jaksztat zum einen an der Zahl der Doktoranden fest: Laut Statistischem Bundesamt dürften es in Deutschland mehr als 200.000 sein. Während 1993 etwa 21.000 Promotionen abgeschlossen wurden, waren es 2012 fast 27.000. Zum anderen verleihe ein Dokortitel nicht nur gesellschaftliches Ansehen, sondern erleichtere auch das berufliche Fortkommen. Ein sozial ungleicher Zugang zur Promotion würde demnach auch zu sozial ungleichen Karrierechancen beitragen.

Ob es solche Ungleichheiten gibt, hat der Forscher mithilfe einer Absolventenbefragung des Prüfungsjahrgangs 2005 untersucht, die das DZHW in den Jahren 2006 und 2010 durchgeführt hat. Für seine Analyse standen ihm ▶

◀ Daten von über 3.200 Personen zur Verfügung. Diese Daten weisen ein eindeutiges Muster auf: „Es ist klar erkennbar, dass der Anteil derjenigen, die in den ersten fünf Jahren nach dem Examen mit einer Promotion beginnen, deutlich mit der Bildungsherkunft variiert“, so Jaksztat. Befragte, deren Eltern beide keinen Hochschulabschluss haben, versuchen sich zu 25,9 Prozent als Doktoranden. Bei einem Elternteil

Möglichkeiten, den Nachwuchs auf seinem Bildungsweg zu unterstützen und kognitive Fähigkeiten frühzeitig zu fördern. Daher sei davon auszugehen, dass Kinder aus einem akademischen Elternhaus leichter gute Noten erreichen können, die wiederum Voraussetzung für eine Promotion seien. Tatsächlich sinkt der Einfluss des sozialen Hintergrunds, wenn Noten in die Analyse einbezogen werden, er verschwindet allerdings nicht. Leistungsunterschiede können etwa 27 Prozent des Herkunftseffekts erklären.

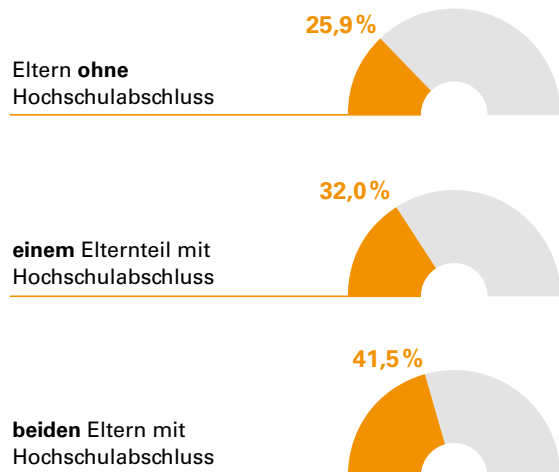
Ein weiterer Erklärungsansatz bezieht sich auf die Fächerwahl: Für welches Studium sich Abiturienten entscheiden, hänge stark mit der sozialen Herkunft zusammen. Zugleich seien die Promotionsquoten von Fach zu Fach sehr unterschiedlich: In der Medizin, wo sich besonders viele höhere Töchter und Söhne tummeln, sei der Dokortitel faktisch der Regelabschluss, so Jaksztat. Laut seinen Berechnungen können 42 Prozent des Herkunftseffekts auf die Fachrichtung zurückgeführt werden.

Zuletzt hat der Sozialwissenschaftler Tätigkeiten als wissenschaftliche Hilfskraft oder Tutor betrachtet. Wenn es um die Besetzung entsprechender Stellen geht, komme Studierenden aus akademischem Elternhaus zugute, dass sie mit dem Hochschulmilieu kulturell besser vertraut sind. Das erleichtere die Kontaktaufnahme mit Professoren und erhöhe die Wahrscheinlichkeit, einen Hiwi-Job zu ergattern. Ein solcher Job wiederum sei eine gute Möglichkeit, sich fachlich weiterzuentwickeln und münde oft in eine Promotion. In der Tat wirken sich Tätigkeiten als Hilfskraft signifikant auf die Promotionswahrscheinlichkeit aus und können 15 Prozent der sozialen Unterschiede erklären.

Eine stärkere Integration von Studierenden aus nicht-akademischen Schichten in den Lehr- und Forschungsbetrieb, so Jaksztat's Schlussfolgerung, wäre ein möglicher Weg, soziale Ungleichheiten beim Übergang in die Promotionsphase abzubauen. Das würde beispielsweise voraussetzen, die Rekrutierungspraktiken für Hiwi-Jobs auf ihre soziale Selektivität hin zu überprüfen. ▶

Herkunft zählt

Mit einer Promotion in den ersten fünf Jahren nach dem Examen beginnen Absolventen mit ...



Quelle: Jaksztat 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

mit Uni- oder FH-Abschluss sind es 32 Prozent. Sind beide Eltern Akademiker, promovieren dagegen 41,5 Prozent der Absolventen. Wenn Alter und Geschlecht herausgerechnet werden, ist die Promotionswahrscheinlichkeit bei Personen mit zwei Akademikereltern 14 Prozentpunkte höher als bei Arbeiterkindern.

Um zu überprüfen, worauf diese Unterschiede beruhen, hat der Wissenschaftler zum einen Examens- und Abiturnoten berücksichtigt. Höher gebildete Eltern hätten mehr

* Quelle: Steffen Jaksztat: Bildungsherkunft und Promotionen: Wie beeinflusst das elterliche Bildungsniveau den Übergang in die Promotionsphase? In: Zeitschrift für Soziologie 4/2014
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Die Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung

Mit über 2.600 Stipendiaten ist die Hans-Böckler-Stiftung eines der größten Studienförderwerke Deutschlands. Als erstes der deutschen Begabtenförderwerke hat sie es sich seit vielen Jahren zur Aufgabe gemacht, auch und gerade Talente aus bildungsbenachteiligten Bevölkerungsschichten zu unterstützen. Die geförderten Studierenden kommen zu 62 Prozent aus Nicht-Akademikerfamilien, verfügen zu 55 Prozent über Berufserfah-

rung vor dem Studium, sind zu 51 Prozent Frauen und haben zu 25 Prozent einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2013 studierten 1.541 von ihnen an Universitäten, 584 an Fachhochschulen, 491 erhielten ein Promotionsstipendium, 50 beschränkten den Zweiten Bildungsweg. Verschiedene Programme richten sich explizit an benachteiligte Gruppen: Die Böckler-Aktion Bildung unterstützt Schüler, die ihren

Studienwunsch nicht verwirklichen, weil sie glauben, sich ein Studium nicht leisten zu können. Bewerben können sich Schüler, die auf dem Weg zu Abitur oder Fachhochschulreife sind oder sich erst kürzlich für den Hochschulzugang qualifiziert haben. Voraussetzung: Das Familieneinkommen und Vermögen muss so bemessen sein, dass ein voller BAföG-Anspruch besteht. Das Modellprojekt „Dritter Bildungsweg“ soll beruflich Qualifizierten ohne

Abitur den Weg ins Studium erleichtern. Die Geförderten können unter zwölf Studiengängen an der Universität Duisburg-Essen und sieben Studiengängen an der Hochschule Niederrhein in Krefeld auswählen. Teil des Programms sind vorbereitende Seminare und Kurse. Während des Studiums stehen kleine Lerngruppen und spezielle Ansprechpartner der Hochschulen und der Hans-Böckler-Stiftung zur Verfügung.

Mehr Informationen: boeckler.de

Rentenpläne: Zu kurz gesprungen

Die Altersarmut nimmt bereits heute zu. Die geplante „Lebensleistungsrente“ setzt dem nur wenig entgegen.

Menschen ab 65 sind derzeit seltener von Armut bedroht als andere Altersgruppen. Doch die Armutsquote der Rentner steigt seit 2006 beinahe kontinuierlich an und lag mit 13,6 Prozent 2012 nur noch 1,6 Prozentpunkte unter dem Wert der Gesamtbevölkerung. Darauf weist Rudolf Martens hin, der die Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leitet.* Demnach sind 2,3 Millionen Menschen im Rentenalter arm – ein Vielfaches der knapp 500.000 Bezieher von Grundsicherung im Alter. Martens' Analyse deckt sich mit älteren Untersuchungen aus dem WSI, die zeigen, dass zwischen 2005 und 2011 die Armut unter Senioren deutlich stärker zugenommen hat als bei Jüngeren.

Dass viele ältere Arme keinen Anspruch auf die an Hartz IV orientierte Grundsicherung haben, liegt unter anderem daran, dass sie auf andere, „vorrangige“ Leistungen verwiesen werden. Nach Martens' Analyse dürfte dies vor allem für rund 315.000 ältere Wohngeldbezieher gelten. Die Mehrheit der Altersarmen bezieht trotz eines Einkommens unterhalb der Armutsschwelle – für Alleinstehende laut Statistischem Bundesamt 869 Euro im Monat – aber weder Grundsicherung noch Wohngeld. Entweder liegt ihr Einkommen knapp unter der Armutsgrenze oder sie nehmen ihre Ansprüche auf Sozialleistungen nicht wahr, so Martens.

Deshalb ist ihre soziale Lage jedoch keineswegs unproblematisch. Im Gegenteil: Armut sei in späteren Lebensphasen wesentlich dramatischer als in jungen Jahren, erklärt der So-



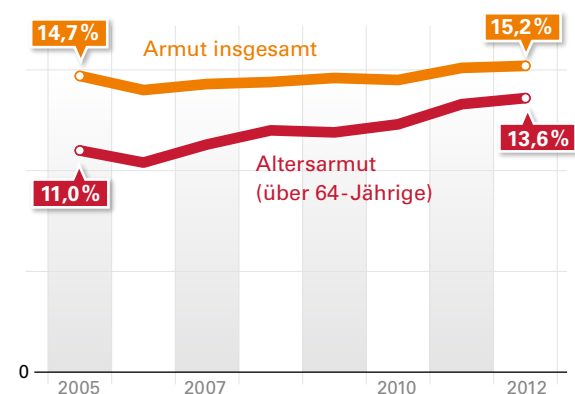
mehr das Ziel, den Lebensstandard zu sichern, sondern die Beiträge stabil zu halten. So stieg die so genannte Eckrente – der Anspruch eines Arbeitnehmers, der sein Leben lang durchschnittlich verdient hat, derzeit 1135 Euro – von 1991 bis 2013 zwar nominal um 30 Prozent. Inflationsbereinigt ging sie aber zurück: Im selben Zeitraum legten die Verbraucherpreise um 51 Prozent zu.

Hinzu kommt, dass die Altersbezüge der Neurentner im Schnitt sinken: Wer heute aus dem Erwerbsleben ausscheidet, erreicht im Regelfall nicht mehr das Rentenniveau früherer Jahrgänge. Während 2003 etwa 40 Prozent der neuen Ruheständler eine Rente unterhalb der Grundsicherungsschwelle bezogen, waren es 2012 bereits 53 Prozent.

Damit Altersarmut nicht zum Massenphänomen wird, plant die Bundesregierung, zumindest Menschen, die lange Beiträge gezahlt haben, mit einer „solidarischen Lebensleistungsrente“ unter die Arme zu greifen. Wer lange eingezahlt, damit aber nur wenige Rentenpunkte gesammelt hat, soll in jedem Fall 30 Entgeltpunkte bekommen. Das entspricht einer Nettorente von 764 Euro in Westdeutschland. Dieser Wert, betont Martens, liegt jedoch nur 20 Euro über der Grundsicherungsschwelle. Und der Abstand dürfte in Zukunft noch schrumpfen. In der jüngeren Vergangenheit stieg die Rente nämlich langsamer als die Grundsicherung, die eher der Preisentwicklung folgt. Nach Martens' Prognose wird der Wert der für 2017 geplanten „Lebensleistungsrente“ bereits im kommenden oder übernächsten Jahr unter der Grundsicherungsschwelle liegen. Folge: Die Betroffenen müssen trotz höherer Rente Wohngeld oder Grundsicherung beantragen, um das sozialstaatliche Minimum zu erreichen. Und als arm nach der gängigen Definition gelten sie sowieso weiterhin. ◀

Wieder öfter arm im Alter

So entwickelte sich die ...



zialexperte. Viele jüngere Menschen erlebten Armut nur als Episode. Aber „wenn ein Rentnerhaushalt erst unter die Armutsgrenze gefallen ist, wird sich daran mit fortschreitendem Alter kaum etwas ändern“.

Von Altersarmut bedroht sind Martens zufolge alle, die keine betriebliche Altersversorgung haben und keine privaten Rentenansprüche aufbauen können. Denn seit der Reform von 2001 verfolgte die Rentenpolitik in erster Linie nicht

* Quelle: Rudolf Martens: Altersarmut in Deutschland: Bislang nur die halbe Wahrheit, August 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Sören Zieher
E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: 02 11 / 77 78-148, **Fax:** 02 11 / 77 78-207
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Arbeitsamt wichtiger als Facebook

Um Auszubildende zu finden, nutzen von allen Betrieben ...



die örtliche Arbeitsagentur	71%
Zeitungen, Online-Stellenbörsen	41%
Betriebs-Websites, soziale Netzwerke	40%

BIBB, Oktober 2014

BILDUNG

Kaufmännische Berufe gefragt

So viele Jugendliche begannen 2013 eine Ausbildung als ...

Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	31.400
Verkäufer/-in	25.000
Kraftfahrzeug-mechatroniker/-in	19.800
Industriekaufmann/-kauffrau	18.800
Bürokaufmann/-kauffrau	18.600

Statistisches Bundesamt, Oktober 2014

GENDER

Raubtier Mann

So viel Gramm Fleisch und Wurst essen pro Tag...



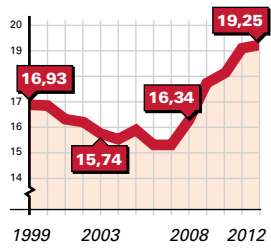
Frauen 53 Männer 103

Heinrich-Böll-Stiftung, Oktober 2014

GESUNDHEIT

Beamte unter Stress

In den obersten Bundesbehörden betrug die Zahl der krankheitsbedingten Abwesenheitstage ...



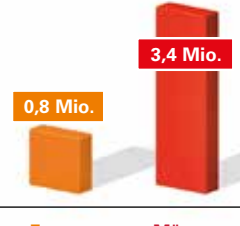
1999	16,93
2003	15,74
2008	16,34
2012	19,25

AOK Fehlzeitenreport, August 2014

EINKOMMEN

Mehr Männer verdienen gut

Ein Bruttomonatseinkommen von 4.500 Euro und mehr haben ...



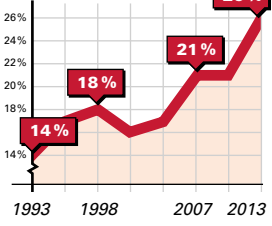
Frauen 0,8 Mio. Männer 3,4 Mio.

DIW, November 2014

DEMOKRATIE

Unileben wird unpolitischer

Von den Studierenden interessierten sich wenig oder gar nicht für Politik ...



1993	14%
1998	18%
2007	21%
2013	26%

BMBF, Oktober 2014

MITBESTIMMUNG

Ältere sind engagierter

Von den 2014 gewählten Betriebsratsmitgliedern* sind ...

18 bis 30	7,9%
31 bis 45	31,7%
46 bis 59	56,0%
über 59	4,5%

... Jahre alt.

* im Zuständigkeitsbereich von IG Metall, ver.di, NGG und IG BCE Kißler u.a. 2014

OST-WEST

Frauen im Osten weiter vom

Die Frauenerwerbsquote lag bei ...



2012	75,8%
1991	77,2%
2012	70,6%
1991	60,7%

DIW, Oktober 2014

► **INVESTITIONEN:** Die Investitionsintensität liegt in Deutschland zwei Prozent unter dem EU-Durchschnitt und vier Prozent unter dem OECD-Schnitt. Der Wert misst das Verhältnis von Investitionen und dem vorhandenen Kapitalstock. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Handelsblatt Research Institute Düsseldorf wären deut-

lich höhere Investitionen nötig, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern. Vor allem bei Dienstleistungen, Verkehr und Kommunikation sowie Bildung und Gesundheitswesen gebe es gravierende Defizite.

DIW, November 2014

► **GESUNDHEIT:** Vier von zehn Hartz-IV-Empfängern geben an, gesundheitlich stark

eingeschränkt zu sein. Laut einer Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht es dabei Aufstockern etwas besser als arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern. Von den Erwerbstätigen ohne Grundsicherungsbezug berichtet dagegen nur jeder Fünfte von starken gesundheitlichen Einschränkungen. Die Daten zeigen zudem, dass sich die Gesundheit ehema-

liger Hartz-Empfänger nicht von der anderer Erwerbstätiger unterscheidet. Die Forscher betonen, dass ihre Untersuchung keinen Aufschluss über die Wirkungsrichtung gebe. So könne es sein, dass Arbeitslosigkeit krank mache. Genauso sei es aber auch möglich, dass Krankheit bedürftig mache.

IAB, November 2014